

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische
Anzeiger, Riesa.

Amtsblatt

Samstagsheft
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 289.

Donnerstag, 13. December 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Ströda, den Hauptpostämtern sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Tagespreis 1 Pf. Ausgabezeitung für die Riesaer des Ausgabebereichs bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kaffeehausstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Anzeigen

für das „Riesner Tageblatt“ erbitten uns spätestens bis
Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabebereichs.
Die Geschäftsstelle.

Im Hofraume des Hotels zum „Kronprinz“ hier sollen
Dienstag, den 18. December 1894,
von Vorm. 10 Uhr an,

3 große Lastwagen, 4 Hüfner Maschinen- und Cylinderräder, 19 Paß Leder-, Fuß- und Wagenfett, 10 Paß Carboläure, 1 Paß Carbolnatrium und 4 Kisten Wagenfett gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 11. December 1894.

Der Ger.-Vollz. des Königl. Amtsgerichts.
Eck. Edam.

Holz-Versteigerung.

Gohrischer Revier. Gasthof „zur Königslinde“ in Büllnitz.
Donnerstag, den 20. December 1894, Vorm. 9 Uhr.

105 hief. Stämme, 11—21 cm Mittell., 12 m Länge,	} Auf dem Hauptreviere: Kahlschläge der Abth. 25 u. 32 (Lichte Eichen u. Strohlaer Feld), sowie auf der Hölzle: Durchforstungshölzer in Abth. 94,
207 - - - - - 16—28 " Oberst., 3, bis 4, m Länge,	
170 - - - - - 11—14 cm Unterst., 11 m Länge,	} auf dem Hauptreviere: Kahlschlag in Abth. 27 (Lichte Eichen.)
224 Km. hief. Brennweite,	
580 - - - - - Brennknäppel,	} Königl. Forstrevierverwaltung Gohrisch und Königl. Forstrentamt Rorighburg, den 7. December 1894.
177 - - - - - Reste,	
1215 - - - - - Kirsche,	} Eppendorff. Mittelbach.
1856 - - - - - Stöcke.	

Königl. Forstrevierverwaltung Gohrisch und Königl. Forstrentamt
Rorighburg, den 7. December 1894.
Eppendorff. Mittelbach.

Vom Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die am Dienstag aufgenommene erste Beratung des Etats fort. Abg. v. Kardorff (Reichsp.) kritisierte die vorgeschlagenen Ausführungen des Abg. Richter, der seit 25 Jahren stets dasselbe Thema variirte: Verminderung der Ausgaben; dann wären neue Steuern unumgänglich. Der gegenwärtige Reichstag müsse unbedingt eine Norm schaffen, damit die Einzelstaaten wüßten, auf wie viel sie künftig bestimmt rechnen könnten. Das jetzige System der Schwankungen ruiniere die Einzelstaaten. Redner glaubt, der Tabak könne jedenfalls noch neue Steuern tragen. Die Mobilisation des jetzigen Reichstagswahlkreises halte er nicht für unmöglich. (Beifall rechts.) Herrn Richters Unkenntnis von der Noth der Landwirtschaft sei beinahe ebenso groß wie die eines preussischen Geheimraths. (Große Heiterkeit.) Deutschland würde durch die Einberufung einer allgemeinen Silberkonferenz sich ein unvergängliches Verdienst erwerben. Redner drückte schließlich dem Reichskanzler das volle Vertrauen aus. Abg. Richter (fr. Brgg.) führte aus, die Liberalen würden in keiner Weise die neuen Steuern bewilligen, bemängelte die Etatsansätze und polemisierte gegen die Agrarier, die durch Begünstigung der Zuckerproduktion ihre eigene landwirtschaftliche Produktion ruinieren. Graf von Caprivi habe dem Ansturm der Agrarier weichen müssen; diese aber könnten nicht über den Damm der Handelsverträge hinweg. Redner beantwortete die Reichskanzlersfrage und rekurrierte sich dahin: die Liberalen bewilligen Alles im Interesse des Vaterlandes, aber keine nach unten drückenden Steuern. Staatssekretär Graf v. Posadowsky entgegnete dem Vorredner, der Nothstand des Bauernstandes sei nicht abzuleugnen. Die Regierung habe ein dringendes Interesse, einen zufriedenen Bauernstand zu haben, der mit seiner Fähigkeit ein unverdauliches Element für die Sozialdemokratie bilde. Die Fürsorge des Staates in den letzten Jahrzehnten sei vorwiegend den Städten zu Gute gekommen; die Steuerkraft des ländlichen Landes sei zurückgegangen. Es gebe Personen — natürlich nicht im Hause —, die nicht die frische Empfänglichkeit besitzen, die ländlichen Verhältnisse unbefangenen zu erkennen. Redner verteidigte sodann die Finanzreform, die nichts Anderes bedeute, als was Abgeordneter Richter vorschlägt: die Festsetzung der Grenz, was die Einzelstaaten zu erhalten haben. Gegenüber dem Tadel Richters über den Modus der Veranschlagung der Zölle sei er gespannt, zu erfahren, welchen anderen Modus er empfehlen würde, um die Einflüsse der Ernteschwankungen auszugleichen. Wenn Herr Richter meine, daß die Stempelsteuern zu niedrig veranschlagt seien, so sei zu bemerken, daß zu Beginn der Etatsaufstellung erst eine dreimonatige Periode der Wirksamkeit des neuen Stempelsteuergesetzes zur Verfügung stand. Den Vorwurf, daß die Spannung künstlich erhöht seien, sowie daß die einmaligen Ausgaben absichtlich erhöht seien, sowie daß die bisherigen Einkünfte des laufenden Jahres bereits nachgewiesen, daß die Annahmen des Schatzsekretärs bei Aufstellung des laufenden Etats falsch gewesen seien, weise er entschieden zurück. Die provisorischen Einnahmen gestatteten niemals einen Rückblick auf den schließlichen Reineinnahme-Betrag. — Abg. Frhr. v. Rantseffel (konf.) wies gegenüber der Behauptung des Abg. Richter, seit dem Ministerium des Grafen zu Rippe seien derartige Sachen nicht vorgekommen, wie der gegenwärtige Antrag des Oberstaatsanwalts, darauf

hin, daß auch Vorfälle wie der am 6. Dezember seit der Gründung des Reiches nicht vorgekommen seien. (Sehr richtig! rechts.) Die reine Einkommensteuer sei unausführbar; dafür würde das Zentrum sorgen. Das Lob der Handelsverträge verheße er nicht; die großen Versprechungen seien bis jetzt alle ausgeblieben. Richter habe sich vorgestern ein merkwürdiges Phantasiegebilde aus der „Kön. Btg.“ über Kanzlerkrisis und Staatsstreik zurecht gemacht. Es sei dies unbegreiflich, wenn ein bedeutender Abgeordneter auf Grund von Zeitungsnöthen sich Anklagen wegen eines Staatsstreiches gegen die Minister zurechtlege. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung drücke die Landwirtschaft weit mehr als die Industrie (Widerspruch). Er behaupte entschieden, daß der Industrielle Richter weniger zu leiden habe als der Landwirth Rantseffel und daß die wirtschaftliche Bilanz Richters bedeutend besser sei. Um Richters Warnung vor den Agrariern, die bares Geld verlangten selbst zur Unterstützung im Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung, richtig zu begegnen, müsse er ein Wort gebrauchen, daß der Präsident rügen würde. (Beifall rechts.) Die agrarische Agitation sei keineswegs gewerbmäßig oder persönlich, sondern sachlich gewesen. Die Nothlage der Landwirtschaft sei verschuldet durch des Verlassens der Basis der früheren Wirtschaftspolitik. Eine starke konservative Partei sei die beste Stütze für die Regierung. (Beifall rechts.) Wir werden die Vorschläge der Regierung abwarten und unsererseits unsere Vorschläge machen, falls jene nicht genügend erscheinen. Die Konservativen erhoffen die Börsenvorlage möglichst noch in die erste Session. Auch die Börsen vor der Regierung im Kampfe gegen den Umsturz zu unterstützen. Die Regierung dürfe aber nicht den Schutz des Handwerks, des Kleinhandels und der Landwirtschaft außer Acht lassen. Vor Allem wichtig sei die religiöse Erziehung der Jugend. (Beifall rechts und im Zentrum.) Deshalb bedauere er hier besonders das Nichtzustandekommen des preussischen Volksschulgesetzes. (Beifall rechts und im Zentrum.) Er sei sehr gern bereit, zu hohe Forderungen der Regierung zu beschränken; aber es müsse bedacht werden, daß die Marine bestimmt ist zum Schutz der Deutschen im Auslande, zur Sicherung der Küsten, aber auch in der Ostsee zur Wahrung einer gewissen Suprematie über die anderen angrenzenden Mächte und zur Wiedererlangung derselben, falls sie verloren gegangen sei. In die Kolonien solle man nur solche Beamte senden, die einen stützlich kräftigen Lebenswandel führten. Redner sagt die Bereitwilligkeit seiner Partei für die Finanzreform zu. Abg. Liebknecht (Soz.) bemerkte, es sei nicht ohne Vorgang, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei bei einem Hoch sitzen blieben (Unruhe); aber ohne Vorgang sei das Auftreten der Mitglieder der Rechten dabei. (Große Unruhe.) Die letzte Thronrede bringe den Widerspruch zwischen den schönen Theorien und der Praxis krasser als viele früheren zur Darstellung. Auf der einen Seite Behauptung der Fürsorge, auf der anderen das Ansehengesetz — das sei Heuchelei! (Der Präsident ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks über die Worte von Allerhöchster Stelle zur Ordnung.) Abg. Liebknecht besprach sodann die Vorgesichte des Sozialstengengesetzes. Bismarcks Zweck dabei war lediglich die Erlangung neuer Steuern. Redner kam dann auf die sozialpolitische Gesetzgebung zu sprechen, welche die Verheißungen nicht gehalten. Man gebe dem Arbeiter freies Koalitionsrecht und freies Wahlrecht, dann habe er sein

Schicksal in der Hand. Das sei wirklicher Arbeiterkrieg. Für die Umsturzvorlage vermisse er jeden konkreten Anlaß. Das Geschrei sei plötzlich entstanden, der Hinweis auf Frankreich sei ganz falsch. Statt zu schließen: in dem bösen republikanischen Frankreich konnten solche Verbrechen vorkommen, in dem christlich-germanischen Deutschland aber nicht; wir haben also keine Anarchisten — da sagt man: was in Frankreich die Anarchisten, sind hier die Sozialdemokraten; sie haben gleiche Ziele; die französischen sind bloß nicht so klug. Da werde denn durch den verlogenen Telegraphen verbreiteter, Liebknechts Stuttgarter Rede sei die Ursache der Umsturzvorlage. Kein vernünftiger Mensch, der unsere Ziele kennt, wird solche Thaten wie in Frankreich billigen. Es sind Ihre Gegner Leute, die im Solde der Polizei stehen. (Gelächter rechts.) Lesen Sie doch die Memoiren Andrees; da steht es: alle Attentate sind in Frankreich nach dem Recepte hergestellt, das die Polizei gelehrt hat. Diese aber handelt im Dienste der Bourgeois. Andere Attentäter sind heroische Naturen, die nicht bei Verstand gewesen sind, wie bei Henry und Caserio durch kompetente Männer festgesetzt worden ist. Redner exemplifiziert auf das Ende aller großen Gewaltthaten und frug schließlich unter großem Gelächter der Rechten: Welches Ende hat Fürst Bismarck genommen? Redner suchte weiter nachzumessen, daß die Großindustriellen Stumm und Krupp auf die Gesetzgebung den größten Einfluß ausübten. So sollte das Umsturzgesetz der Lohn für die Zustimmung des Freiherrn von Stumm zum russischen Handelsvertrage sein. Man könne es aber treffend „lex Stumm“ nennen. (Heiterkeit.) Redner bekämpfte den Kapitalismus und die Behauptung des Zusammenhanges zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie. Die anderen Parteien ständen mehr auf dem Boden des Anarchismus. (Gelächter.) Der Anarchismus herrsche gerade in der bürgerlichen Gesellschaft wegen der zügellosen Concurrenz. (Gelächter.) Da herrsche der Kampf Aller gegen Alle. Die weiteren Ausführungen des Redners richteten sich gegen den Militarismus. Seit 1887 habe das deutsche Militärbudget stets mehr betragen als das französische; Deutschland habe seit 1887 über 900 Millionen Franken mehr für das Heer ausgegeben als Frankreich. Eine gegentheilige Behauptung sei also stets eine schwere Täuschung der deutschen Steuerzahler gewesen. Die Kolonialpolitik mit ihrem Sengen, Brennen, Rauben und Morden sei eine Verwundigung an der Menschheit. Deutschland sollte froh sein, wenn es die Kolonien wieder los werden könne, denn es werde nur Schaden davon haben. Bei der Besprechung der auswärtigen Politik verbreitete sich Liebknecht über den sinesisch-japanischen Krieg und das amerikanische Schiedsgericht, so daß er vom Präsidenten zur Sache gerufen und gebeten wurde, wenigstens bei dem deutschen Stat und den deutschen Verhältnissen zu bleiben. Redner schloß unter großer Unruhe des Hauses, die sociale Frage sei durch die Umsturzvorlage nicht zu beseitigen; sie werde bleiben, bis die Macht des Kapitalismus, die vernichtende Macht des Großkapitals aufhöre. Die sozialdemokratische Partei werde auch diese Vorlage überdauern, denn sie sei eine Partei, die auf der Wissenschaft und Gerechtigkeit beruhe. Der internationale Socialismus werde Herr werden über den internationalen Anarchismus von unten und von oben. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Widerspruch und Lachen rechts.) — Die Beratung wurde hierauf vertagt. — In einer persönlichen Bemerkung wandte sich Abgeordneter Frhr.